

Wenn Otto Normal die Ausnahme ist

Nächsten Monat beginnt an den Universitäten der reguläre Lehrbetrieb: Vorlesung, Seminar, Übung. An den meisten Hochschulen sind die Angebote in einem Fach für alle Studierenden gleich. Ist das zukunftsträchtig? Kaum. Wer ja zu einer heterogenen Studierendenschaft sagt, sollte auch ja zur Vielfalt in der Lehre sagen.

von Benjamin Haerdle

Es gibt sie natürlich, die Ausnahmen und Vorreiter. An der Universität Kassel zum Beispiel sind sie zu finden: „Wir müssen den Unterricht reformieren, weil durch die heterogene Studierendenschaft die Unterschiede in den Lernvoraussetzungen stark differieren und wir die Qualität unserer Lehre sichern wollen“, sagt Dr. Christiane Borchard, Leiterin des universitären Servicecenters Lehre. Die Erkenntnis kommt nicht von ungefähr. Als Gesamthochschule gegründet hat die Vielfalt im Hörsaal in Kassel Tradition. Heute gelangen 30 Prozent der Kasseler Studierenden mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder der Fachhochschulreife an die Uni, im bundesweiten Schnitt sind es nur vier Prozent. Überdurchschnittlich hoch ist in Kassel auch die Quote der Nichtakademiker-Kinder. Auf 55 Prozent beläuft sie sich dort, das sind 17 Prozent mehr als an Deutschlands Hochschulen sonst die Regel ist.

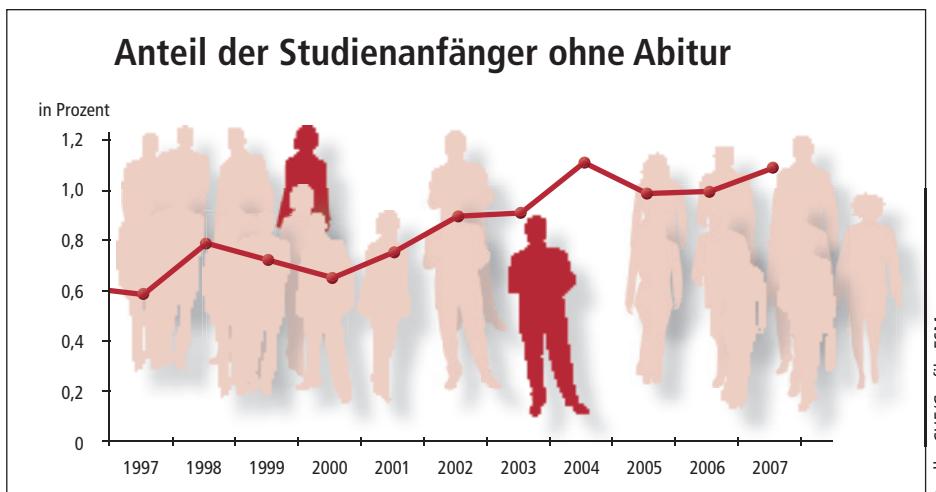
Ein Schema für den Durchschnitt

Akademikerkind, finanziell abgesichert, jung, ledig. So sieht der Durchschnittsstudierende nach bundesweiten Studien seit vielen Jahren schon aus. Auf ihn haben sich die Hochschulen im Laufe der Zeit eingestellt. Auf ihn sind die Betreuungs- und Lehrangebot im Großen und Ganzen zugeschnitten. Der Otto-Normal-Student kann sich darüber freuen. Doch was ist mit denen, die nicht oder nicht mehr ins Schema passen? Wie können Hochschulen mit einer heterogenen Studierendenschaft umgehen, ohne sich am Ende zu verzetteln?

Experten sehen die Lösung in einer Didaktik, die im Kern darauf abzielt, Studierende das Lernen zu lehren. „Studierendenzentrierte Lehre“ lautet der dazugehörige Begriff im Fachjargon. Nun ist er genauso wenig neu wie die dazugehörigen Konzepte. Doch waren derlei Ideen bislang vornehmlich Sache von Didaktik-Enthusiasten. Das dürfte sich in den nächsten Jahren ändern – wie in Kassel. Dort soll eine studierendenzentrierte Lehre flächendeckend in den Fakultäten umgesetzt

werden. Hochschuldidaktische Fortbildung von Lehrenden, Studien-Portfolios, Diagnoseverfahren und Forschungssemester für Studierende oder Anreize für die Lehrleistung in den Zulagen bei der W-Besoldung für Professoren sind nur einige Beispiele für Maßnahmen, die die Universität seit dem vorigen Jahr angestoßen hat. „Bei uns soll der Lernprozess der Studierenden im Mittel-

Lehre. Zehn Millionen Euro pro Jahr fließen dafür aus der Landes- in die Unikasse. Investitionen wie diese können Experten nur loben: „Wenn die Hochschulen weiter gut besucht bleiben sollen, wird ihnen kaum etwas anderes übrig bleiben, als sich verstärkt um jene zu kümmern, die dort bislang unterrepräsentiert waren“, sagt Dr. Christian Berthold, Geschäftsführer der CHE Consult



punkt stehen“, sagt Borchard. Mit dem Anspruch steht Kassel nicht allein. Nach den Studierendenprotesten im vergangenen Jahr justieren die Hochschulen mit der Studienreform auch ihre Lehre nach.

Das allerdings ist einfacher gesagt als getan: „Für einen Professor mit 400 Studierenden in der Vorlesung ist es sehr schwer, studierendenzentrierte Lehre umzusetzen“, sagt Prof. Dr. Wilfried Müller, der sich als Vizepräsident für Studium und Lehre in

der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) maßgeblich für die Reform der Lehre in Deutschland einsetzt. Die Kosten

für Vorbereitungskurse, kleine Lerngruppen oder Tutorien sind hoch. „Eine Hochschule kann das allein aus ihren eigenen Mitteln nicht stemmen“, sagt Müller, selbst Rektor an der Universität Bremen.

Kassel immerhin bekommt Zusatzmittel für die Verbesserung von Studium und

GmbH, einer Ausgründung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE). Gemeint sind Studierende mit Migrationshintergrund, Berufstätige, Studieninteressierte ohne Abitur oder mit Fachhochschulreife, Behinderte sowie Mütter und Väter mit Kleinkindern. „Einem 28-jährigen Meister müssen Sie andere Betreuungs- und Studienangebote machen als einem 19-jährigen Abiturienten“, sagt Berthold.

Studien zufolge wird der Handlungsdruck für viele Hochschulen unmittelbar zwar erst spürbar, wenn der derzeitige Studierendenansturm infolge der geburtenstarken Jahrgänge und des Doppelabiturs ab dem Jahr 2014 abebbt. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, sollten die Hochschulen Diversity Management aber schon heute groß schreiben, rät CHE Consult-Geschäftsführer Berthold. Er meint damit etwa den Aufbau von Teilzeitstudiengängen, das verstärkte Angebot von Einführungskursen für Erstsemester oder eben die Einführung der studierendenzentrierten Lehre. Dazu

„Einem 28-jährigen Meister müssen Sie andere Angebote machen als einem 19-jährigen Abiturienten.“

Wer ist der Durchschnittsstudent?

Deutscher Pass und Akademikerkind – auf die Mehrheit der Studierenden in Deutschland trifft das bis heute zu. Aber schon jetzt zeigt sich: In der pluralen Gesellschaft wandelt sich das Bild.

■ **Geschlechteranteil:** Der Anteil der weiblichen Studierenden liegt an Kunsthochschulen mit 58 Prozent und an Universitäten mit 51 Prozent über dem ihrer Kommilitonen. Klar männerdominiert sind dagegen Fachhochschulen: Dort sind 62 Prozent der eingeschriebenen Stu-

die meisten davon haben einen deutschen Pass. Sie besaßen zuvor die Staatsangehörigkeit Russlands (22 Prozent), Polens (19 Prozent) oder der Türkei (16 Prozent).

■ **Sozialer Status:** Von 100 Akademiker-Kindern gelang laut DSW 71



An den Universitäten studieren mehr Frauen als Männer.

dierenden männlich. Insgesamt sind an Deutschlands Hochschulen die männlichen Studierenden mit 52 gegenüber ihren Kommilitoninnen mit 48 Prozent knapp in der Mehrheit.

■ **Internationale Studierende:** Im Jahr 2009 waren nach Angaben der Hochschul-Informations-System (HIS) GmbH an Deutschlands Hochschulen 239 000 ausländische Studierende eingeschrieben, 11,8 Prozent

der Sprung an eine Hochschule. Bei Nicht-Akademiker-Kindern waren nur 24 von 100 erfolgreich. Im Jahr 2005 betrug das Verhältnis 83 zu 23.

■ **Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung:** Acht Prozent der Studierenden sind behindert oder chronisch krank. Am häufigsten treten Allergien und Atemwegserkrankungen sowie psychische Erkrankungen auf.



Mittlerweile ein gewohntes Bild: Internationale Studierende an deutschen Unis.

der gesamten Studierendenschaft. Die häufigsten Herkunftsänder sind China, Russland und Polen. 70 000 ausländische Studienanfänger nahmen 2008 ein Studium auf, zehn Prozent mehr als im Jahr davor. Einen Migrationshintergrund haben laut Deutschem Studentenwerk (DSW) mindestens elf Prozent aller Studierenden.

■ **Studierende mit Kind:** Fünf Prozent aller Studierenden sind nach DSW-Angaben Eltern: Sechs Prozent der weiblichen Studierenden, vier Prozent ihrer männlichen Kommilitonen. Mit 30,7 Jahren sind Studierende mit Kind deutlich älter als der typische Durchschnittsstudent im Erststudium (24 Jahre). hbj ■

lädt das CHE auch zur Tagung „Nur die Harten komm' in' Garten“ Ende Oktober ein. Vorstellen will das Beratungsunternehmen dann auch das bis Mitte 2012 laufende Projekt „Vielfalt als Chance“. Acht Hochschulen wollen nicht nur ihre eigenen Diversity-Management-Maßnahmen hinterfragen, sondern auch einen Fragebogen für Studierende entwickeln. Er soll Aufschluss darüber geben, wie heterogen die Studierendenschaft an der eigenen Hochschule schon heute ist. „Die meisten Hochschulen wissen das gar nicht, weil ihnen keine Daten vorliegen“, sagt Berthold.

Ein Thema beim Wissenschaftsrat

Eine andere Antwort auf die wachsende Vielfalt der Studierendenschaft könnten auch strukturelle Reformen in der Hochschullandschaft sein. Sie zumindest hat eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats (WR) ins Auge gefasst, die der WR-Vorsitzende Professor Dr. Peter Strohschneider leitet. Mitte November will der Kölner Expertenrat während seiner Herbsttagung eine Empfehlung beschließen, die sich mit künftigen Profilen neuer Hochschultypen befassst. Experten wie der Bildungsforscher Professor Dr. Hans Weiler unterstützen das. „Es wird noch stärker differenzierte institutionelle Optionen im deutschen Hochschulwesen geben müssen, die über die doch recht beschränkte Auffächerung nach Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien hinausgehen“, sagt er und schlägt als Denkmodell Community Colleges vor. Die US-Einrichtungen könnten Weiler zufolge den Übergang zwischen schulischen und beruflichen Abschlüssen auf der Sekundarebene und dem Hochschulzugang erheblich vereinfachen.

Mehr Durchlässigkeit wäre dringend vonnöten, denn laut der CHE-Studie „Studieren ohne Abitur: Entwicklungspotenziale in Bund und Ländern“ dümpelt der Anteil der Studierenden ohne Abitur an der Gesamtstudierendenzahl im Bundesdurchschnitt zwischen einem und zwei Prozent (siehe Grafik S. 11). „Im Vergleich zu Schweden und Großbritannien ist das Potenzial für Studierende ohne Abitur hierzulande noch nicht ausgereizt“, sagt Dr. Sigrun Nickel, eine der beiden Autorinnen. Auch nehmen laut neuester Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks (DSW) nur 24 von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker-Haushalten ein Studium auf, dagegen 71 von 100 Akademiker-Kindern.

Von einer sozial offenen Hochschule ist die Bildungslandschaft hierzulande weit entfernt, konstatiert deshalb DSW-Präsident Prof. Dr. Rolf Dobischat. Die grundle-

gende soziale Selektion sei wie in den Erhebungen der Jahre zuvor „erschreckend stabil“. Und auch bei den Abbrecherzahlen ausländischer Studierender ist keine Verbesserung in Sicht. Laut Hochschul-Informations-System GmbH gibt jeder zweite von ihnen sein Studium vorzeitig auf.

Das schadet nicht zuletzt der Wirtschaft, wie Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) nahelegen. Demnach scheiden bis 2025 von derzeit 6,5 Millionen Akademikern rund 2,3 Millionen aus. Um die Lücke zu schließen und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, braucht der Arbeitsmarkt laut IW vier Millionen Akademiker. Schon ab 2020 drohe in Ostdeutschland ein Fachkräftemangel, weil die jungen Menschen in den Westen abwandern. Groß ist die Not auch in den Technikwissenschaften. Allerdings kommt dort zumindest den Ingenieurwissenschaften zugute, dass sie unter Studierenden mit Migrationshintergrund als traditionelle Aufsteigerdisziplin gelten. Das Thema Migration sollten Hochschulleitungen deshalb zur Chefsache erklären, lautet das Fazit einer Studie des Dachvereins Fakultätentage der Ingenieurwissenschaften und der Informatik an Universitäten.

Zuschüsse fließen spärlich

Nun kann man zwar weder den Hochschulen, noch der Politik Untätigkeit vorwerfen, doch halten sich die Investitionen in Grenzen: Im Juni beschlossen Bund und Länder in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), 250 Millionen Euro bis 2018 für den Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ zur Verfügung zu stellen. Die HRK bekommt rund sechs Millionen Euro, um Hochschulen eine

bessere Beratung für neue Studierendengruppen zu ermöglichen. Und der Deutsche Akademische Austauschdienst erhält bis 2012 rund neun Millionen Euro für ein Programm zur Förderung der Integration ausländischer Studierender.

Immerhin stehen der Öffnung der Hochschulen für Studierende ohne Abitur kaum Gesetzesbarrieren im Weg. Zuletzt traten Ende Juni in Baden-Württemberg und Anfang September in Rheinland-Pfalz Gesetzesnovellen in Kraft, die Nicht-Abiturienten unter bestimmten Voraussetzungen ein Studium ermöglichen. So sind viele Hochschulen dabei, sich für die neuen Studierendengruppen zu öffnen – wenn auch gelegentlich unter Schmerzen: Für die

Universität Heidelberg ist es ein „Paradigmenwechsel“, dass sie Studierenden spätestens ab 2012/13 Teilzeitstudiengänge anbieten wird.

Restriktiver zeigt sich dagegen die Goethe-Universität in Frankfurt/Main. Als einzige Universität in Hessen verwehrt sie Schülern mit Fachabitur, die nach der zwölften Klasse die Schule verlassen, das Bachelor-Studium. Dabei hatte das Land Hessen dieses Schlupfloch ihren Hochschulen im Landeshochschulgesetz ermöglicht. Man wolle damit Studierenden, die aufgrund der Fachhochschulreife mit falschen Voraussetzungen an die Universität kämen, einen womöglich frustrierenden Studienablauf ersparen, begründete die Uni vor zwei Jahren ihren heute noch gültigen Entschluss.

„Nicht jede Hochschule muss ihr strategisches Profil so ausrichten, dass sie jeder Zielgruppe innerhalb einer heterogenen Studierendenschaft gerecht wird“, sagt CHE-Projektleiterin Sigrun Nickel. Ein

bisschen anders bewertet das Bildungsforscher Hans Weiler: „Die Hochschulen werden daran scheitern, wenn sie das Problem der Heterogenität dadurch zu lösen versuchen, dass sie die Vielfalt der Studierenden auf einen Normaltypus reduzieren und dieser standardisierten Einheit ein ebenso standardisiertes Studienangebot vorsetzen“, erklärt er.

Der Aufwand ist enorm

Wie man ein vielfältiges Studienangebot aufzieht, lässt sich an der Hochschule Rhein-Main sehen. Die Fachhochschule bietet sechs berufsbegleitende Studiengänge im Maschinenbau und der Informationstechnologie. Das findet offenbar Anklang: „Wir sind mit 600 Studierenden gut ausgelastet“, sagt Dekanin Prof. Dr.-Ing. Monika Greif und betont: „Die Finanzierung ist nicht so einfach, da berufsbegleitende Studiengänge einen erheblich höheren organisatorischen Aufwand erfordern.“

Der Ruf nach mehr Geld kommt aus den Hochschulen „zu Recht“, wenn sie Anforderungen einer heterogenen Studierendenschaft erfüllen wollen, sagt HRK-Vize Müller. Laut OECD-Zahlen aus dem Jahr 2006 gab Deutschland pro Student 10 148 Euro und damit deutlich weniger aus als etwa die Schweiz (17 152 Euro) und die USA (19 491 Euro). Allerdings sollten sich die Hochschulen nach Müllers Meinung nicht ausschließlich auf die fehlenden Haushaltssmittel be rufen: „Einige Dozenten müssen auch ihre Einstellung zur Lehre ändern.“ Hochschullehrer sollten in der Lage sein, Studierende in die Fragen und Probleme ihrer Disziplin einzubringen. Müller: „Was in Deutschland fehlt, ist eine Debattentradition von Lehrenden über ihre Lehrstrategie.“ ■

Benjamin Haerdle
ist Journalist in Leipzig.

Wenn Sie mehr erfahren wollen

„Nur die Harten komm' in' Garten – Diversity Management an Hochschulen“. Zu dieser Tagung lädt das Centrum für Hochschulentwicklung Ende Oktober ein.

■ Die Tagung findet am 21. und 22. Oktober im Ludwig Erhard Haus in Berlin statt. Zahlreiche Referenten aus dem In- und Ausland berichten, wie sie an ihren Hochschulen und in ihren Ländern mit den Folgen einer zunehmend differenzierteren Studierendenschaft umgehen.

■ 250 Euro beträgt die Teilnahmegebühr. Eine Anmeldung ist noch möglich. Ansprechpartnerin ist Lena Dreblow; Telefon 05241/21179-32, Mail: Lena.Dreblow@che-consult.de; Internet: www.che-consult.de/cms/?getObject=564&strAction=programm&PK_Veranstaltungen=274



Foto: Uni Kiel/ Kröger Dorfmüller